

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes zur Erprobung von Verfahren eines Registerzensus
und zur Änderung statistikrechtlicher Vorschriften**

– Drucksache 19/27425 –

Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bunderegierung

Stellungnahme des Bundesrates

Der Bundesrat hat in seiner 1002. Sitzung am 26. März 2021 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Zum Gesetzentwurf allgemein

- a) Der Bundesrat begrüßt das Vorhaben der Bundesregierung, mit der Erprobung von Verfahren eines Registerzensus die Digitalisierung in der amtlichen Statistik voranzubringen. Der Bundesrat teilt die im Gesetzentwurf zum Ausdruck gebrachte Auffassung der Bundesregierung, dass es aus verfassungsrechtlichen und politischen Gründen unabdingbar ist, die Verfahren eines Registerzensus auf gesetzlicher Grundlage zu erproben.
- b) Zensusdaten sind eine wichtige Grundlage für wirtschaftliche, gesellschaftliche und sonstige politische Entscheidungen. Zudem sind die Zensusdaten auch in finanzieller Hinsicht von enormer Bedeutung, da durch den Zensus die amtlichen Einwohnerzahlen ermittelt werden. Daher ist sicherzustellen, dass realitätsgerechte Einwohnerzahlen sowie weitere soziodemographische und -ökonomische Merkmale auf Ebene von Bund, Ländern und Kommunen in mindestens derselben Qualität wie durch den registergestützten Zensus und vorher die Volkszählung erhoben werden.

- c) Das Großvorhaben Registerzensus kann nur dann zum Erfolg werden, wenn es von Bund und Ländern als gemeinsame Aufgabe begriffen und von dem Willen zur konstruktiven Zusammenarbeit getragen wird. Das gemeinsame Vorgehen, das die jeweiligen Stärken des Bundes und der Länder vereint, war auch bisher integrales Element der Architektur der amtlichen Statistik.
- d) Das BStatG gibt vor, dass das Statistische Bundesamt Bundesstatistiken methodisch und technisch im Benehmen mit den statistischen Ämtern der Länder vorbereitet und weiterentwickelt (§ 3 Absatz 1 Nummer 1 BstatG). Die einheitliche und termingemäße Erstellung der Bundesstatistiken liegt in der Zuständigkeit der statistischen Ämter der Länder, wobei dem Statistischen Bundesamt eine koordinierende Rolle zukommt (§ 3 Absatz 1 Nummer 2 BStatG). Für die Qualitätssicherung ist festgelegt, dass diese gemeinsam vom Statistischen Bundesamt und von den Statistischen Ämtern der Länder wahrgenommen werden soll (ebenda). Diese grundlegende Arbeitsteilung muss sich auch im RegZensErpG wiederfinden.
- e) Aus Sicht des Bundesrates wird mit dem Registerzensus erneut ein grundlegender Methodenwechsel beim Zensus und bei den laufenden Bevölkerungsstatistiken angestrebt, der sich unmittelbar auf die Ermittlung der Einwohnerzahlen auswirkt. Das BVerfG hat im Urteil zum Zensus 2011 und dem seinerzeitigen Methodenwechsel von einer Volkszählung zu einem registergestützten Zensus mit ergänzenden Haushaltsbefragungen klargestellt, dass der in den Jahren 2001 bis 2003 erfolgte Zensus test, aus dem das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder gemeinsame fachstatistische Empfehlungen für die Durchführung eines künftigen registergestützten Zensus ableiteten, maßgebliche Voraussetzung für die Verfassungsmäßigkeit des Zensus 2011 und der zugrunde gelegten Prognosen des Gesetzgebers war (BVerfGE 150, 1 ff. – Rn. 289 ff). Um die Verfassungsmäßigkeit auch bei einem erneuten Methodenwechsel hin zu einem vollständig registerbasierten Zensus zu gewährleisten, bedarf es einer umfassenden Erprobung der neuen Methodik und insbesondere der dazu eingesetzten Qualitätssicherungsinstrumente. Dafür muss die Konzeption und Durchführung des Tests sowie die Vorlage eines abschließenden Evaluationsberichts als gemeinsame Aufgabe des Statistischen Bundesamtes und der statistischen Ämter der Länder unter Beteiligung der Wissenschaft geregelt werden. Die Länder kennen neben den Rahmenbedingungen auf Landesebene

auch die spezifischen Bedingungen der Kommunen und können damit einen wichtigen Beitrag zu einer umfassenden Erprobung der neuen Methodik leisten.

- f) Als nicht ausreichend bewertet der Bundesrat, dass im vorliegenden Gesetzentwurf der Bundesregierung nur die Erprobung des ersten Schrittes des Lebenszeichenansatzes anhand der Daten der Haushaltsstichprobe nach § 11 ZensG 2022 in Verbindung mit § 6 RegZensErpG vorgesehen ist, ohne zugleich den zweiten Schritt einer qualitätsgesicherten Verortung der Fehlerfassungen der Melderegister durch eine sich anschließende Klärung von Unstimmigkeiten (Wohnsitzanalyse) zu regeln.
- g) Der Bundesrat begrüßt, dass im vorliegenden RegZensErpG-E davon abgesehen wird, im Statistischen Bundesamt einen bildungsstatistischen Datenbestand aufzubauen. Bildungs- und insbesondere Schuldaten fallen in den Bereich der ausschließlichen Gesetzgebung der Länder. Die Konferenz der Kultusminister der Länder hat sich deshalb mit Beschluss vom 15./16. Oktober 2020 für eine Datenhoheit der Länder (von der Interpretation bis zur Datenhaltung) ausgesprochen. Das Bildungsregister und die im RegZensErpG-E vorgesehene Vorstufe sind daher als Register und Auswertungsdatenbanken den statistischen Ämtern der Länder zuzuordnen. Dies muss im Gesetzentwurf noch deutlicher herausgearbeitet werden.
- h) Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme zum ZensVorbG 2021 (BR-Drucksache 546/16 (Beschluss), Nummer 1 Buchstabe c) auf die Risiken einer zentralen IT-Entwicklung und Durchführung hingewiesen. Aufgrund dieser Risiken, die sich im laufenden Verfahren schließlich auch verwirklicht haben, sollte dieser Ansatz im RegZensErpG nicht weiterverfolgt werden.

Stattdessen müssen, wie im Statistischen Verbund vorgesehen, die Aufgaben und Zuständigkeiten zwischen den Ämtern des Bundes und Länder aufgeteilt werden. Die statistischen Ämter der Länder haben auf Grundlage des § 3a BStatG unter der Rahmenvereinbarung der Dienstaufsichtsbehörden über eine ämterübergreifende Aufgabenerledigung in der amtlichen Statistik seit 2007 sowohl technisch als auch prozedural in vielen Projekten der optimierten Kooperation in der Softwareentwicklung und der Datenhaltung umfassende Erfahrungen gesammelt, so etwa bei der Entgegennahme kommunaler Daten für die Bevölkerungsstatistik, für die bereits bewährte Verfahren

vorliegen (zum Beispiel der Länder-Dateneingang zur Entgegennahme von XMeld-Nachrichten für die laufenden Bevölkerungsstatistiken). Insbesondere für die Datenhaltung können entsprechend dem in anderen aktuellen Gesetzgebungsverfahren (zum Beispiel beim RegMoG oder beim OZG) vorgesehenen und im Statistischen Verbund bereits bewährten Grundsatz „Einer (oder einige) für Alle“ auch länderübergreifende Auswertungsdatenbanken in einzelnen statistischen Ämtern der Länder angesiedelt werden. Dies wurde und wird bereits erfolgreich praktiziert bei der zentralen Datenhaltung und Nutzung der Daten der Finanz- und Personalstandstatistiken in Hessen, der Regionaldatenbank Deutschland und der Bildungsdatenbank in Nordrhein-Westfalen und der Auswertungsdatenbank zum Zensus 2011 im Freistaat Bayern.

Daher ist eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung von funktionsfähigen technischen Anwendungen und qualitativ hochwertigen Datenbanken zur Vorbereitung einer umfassenden Erprobung der neuen Methodik, dass das Statistische Bundesamt, das ITZ Bund und die statistischen Ämter der Länder hierbei zusammenarbeiten.

Für die Bildungsdaten dagegen muss die Aufbereitung und Datenhaltung von vorneherein den statistischen Ämtern der Länder obliegen. Sie sollen auch wie bisher in der Bevölkerungsstatistik die technischen Voraussetzungen für die Entgegennahme kommunaler Daten insbesondere der Meldebehörden in eigener Zuständigkeit schaffen.

- i) Für die Landesverwaltung und insbesondere die Kommunalverwaltungen und deren Zusammenschlüsse sind keine belastbaren Kostenfolgen ermittelt worden. Die groben Schätzungen des Statistischen Bundesamtes sind falsch; es wurden dafür relevante Arbeitspakete der statistischen Ämter der Länder nicht hinreichend berücksichtigt. Der Bundesrat fordert den Bund des Weiteren auf, die Haushaltsausgaben sowie den Erfüllungsaufwand, insbesondere für die Landesverwaltung und die Kommunen zu ermitteln, denen auch eine Verteilung der Mittelbedarfe auf die kommenden Haushaltsjahre zu entnehmen ist.
- j) Diese Kosten sollten Teil eines Arbeits- und Zeitplanes für das Projekt der Registerzensuserprobung sein. Der Bundesrat fordert den Bund auf, einen derartigen Plan nachzureichen.

2. Zu Artikel 1 (§ 2 RegZensErpG)

In Artikel 1 ist § 2 wie folgt zu fassen:

„§ 2

Aufgaben des Statistischen Bundesamtes und der statistischen Ämter der Länder

(1) Das Statistische Bundesamt bereitet im Benehmen mit den statistischen Ämtern der Länder die Erprobung des Registerzensus methodisch vor, koordiniert eine einheitliche und termingerechte Durchführung und sichert die Einhaltung einheitlicher Qualitätsstandards in Zusammenarbeit mit den statistischen Ämtern der Länder.

(2) Das Statistische Bundesamt ist für die Entwicklung der für die Durchführung von § 4 Absatz 2 bis 4 und der für die Erprobung des Registerzensus benötigten technischen Anwendungen verantwortlich. Die besonderen Erfahrungen der statistischen Ämter der Länder sollen dabei genutzt werden. Das Statistische Bundesamt hält in Zusammenarbeit mit dem Informationstechnikzentrum Bund die für die Aufbereitung und Datenhaltung notwendige IT-Infrastruktur vor. Die beim Statistischen Bundesamt einzurichtenden Datenbanken werden als zentrale Datenbanken des Statistischen Bundesamtes und der statistischen Ämter der Länder betrieben, auf die die statistischen Ämter der Länder zur Erfüllung der ihnen nach diesem Gesetz obliegenden Aufgaben für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich Zugriff haben. Für die in § 9 genannten Daten obliegt die Aufbereitung und Datenhaltung den statistischen Ämtern der Länder. Die statistischen Ämter der Länder sind für die Entwicklung der benötigten technischen Anwendungen und deren Infrastruktur für die Entgegennahme der nach § 4 Absatz 1 übermittelten Daten verantwortlich.

(3) Nach der Erprobung der Verfahren des Registerzensus erstellen das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder einen gemeinsamen Evaluationsbericht unter Einbeziehung der Wissenschaft.“

Begründung:

Die Vorschrift regelt die gemeinsamen Aufgaben im Statistischen Verbund.

Das BStatG gibt vor, dass das Statistische Bundesamt Bundesstatistiken methodisch und technisch im Benehmen mit den statistischen Ämtern der Länder

vorbereitet und weiterentwickelt (§ 3 Absatz 1 Nummer 1 BStatG). Die einheitliche und termingemäße Erstellung der Bundesstatistiken liegt in der Zuständigkeit der statistischen Ämter der Länder, wobei dem Statistischen Bundesamt eine koordinierende Rolle zukommt (§ 3 Absatz 1 Nummer 2 BStatG). Für die Qualitätssicherung ist festgelegt, dass diese gemeinsam von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder wahrgenommen werden soll (ebenda). Diese grundlegende Arbeitsteilung muss in § 2 RegZensErpG-E geregelt werden.

Der Registerzensus wird - sollte die Erprobung die Eignung der Verfahren nachweisen - die Bevölkerungsfortschreibung zur Feststellung von Einwohnerzahlen auch auf Gemeindeebene ablösen, insofern sind die statistischen Ämter der Länder umfassend zu involvieren. Dies beinhaltet, dass die statistischen Ämter der Länder für ihren Zuständigkeitsbereich einen vollumfänglichen Zugriff auf die (zusammengeführten) Einzeldaten erhalten, um sie analysieren und auswerten zu können.

Eine zentrale IT-Entwicklung und Durchführung birgt höhere Risiken hinsichtlich Qualität, Performanz und - damit verbunden - der termingerechten Verfügbarkeit als die Verteilung der Aufgaben und Zuständigkeiten in der IT-Entwicklung und Bereitstellung der notwendigen Infrastrukturen auf verschiedene, fachlich spezialisierte Ämter des Bundes und der Länder. Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme zum ZensVorbG 2021 (BR-Drucksache 546/16 (Beschluss), Nummer 1 Buchstabe c) auf die Risiken einer zentralen IT-Entwicklung und Durchführung hingewiesen. Aus Sicht des Bundesrates zeigen die bisherigen Erfahrungen bei der Vorbereitung des Zensus 2022, dass sich die zentrale IT-Entwicklung und Durchführung durch das Statistische Bundesamt und das ITZ Bund nicht bewährt hat. Verzögerungen von mehr als einem Jahr in der Softwareentwicklung für Teilprojekte sind zu konstatieren, zentrale IT-Verfahren wurden und werden weder in der erforderlichen Qualität und Performanz noch termingerecht zur Verfügung gestellt. Dieser Ansatz sollte daher im RegZensErpG nicht weiterverfolgt werden. Es kann auf das bewährte Modell der optimierten Kooperation, welches auf der Rahmenvereinbarung der Innen- und Finanzministerien und der Staatskanzlei Hessen als Dienstaufsichtsbehörden über eine ämterübergreifende Aufgabenerledigung in der amtlichen Statistik beruht, zurückgegriffen werden. Die Ausgestaltung der Datenbanken als gemeinsame zentrale Datenbanken bedeutet insbesondere, dass die statistischen Ämter der Länder für ihren Zuständigkeitsbereich einen vollumfänglichen Zugriff auf die (zusammengeführten) Einzeldaten erhalten, um sie analysieren und auswerten zu können. Dies ist für eine Evaluation der vorgeschlagenen Qualitätssicherungsmaßnahmen unerlässlich.

Die Notwendigkeit der alleinigen Zuständigkeit der statistischen Ämter der Länder für die IT-Aufgaben betreffend § 9 RegZensErpG-E folgt den Leitlinien zu einem Bildungsregister, bei dem laut Beschluss der Konferenz der Kultusminister der Länder vom 15./16. Oktober 2020 die Datenhoheit der Länder (von der Interpretation bis zur Datenhaltung) verbleiben soll. Daraus ergibt sich, dass auch die Vorstufe eines Bildungsregisters, welche die Regelung in § 9 RegZensErpG-E darstellt, als ein Datenbestand der statistischen Ämter der Länder zu konzipieren und umzusetzen ist.

Da die statistischen Ämter der Länder gemäß § 4 Absatz 1 RegZensErpG-E die Datenempfänger der Daten der Meldebehörden sind, verbleibt bei ihnen dann auch die alleinige Verantwortung für die Bereitstellung der hierfür notwendigen technischen Infrastruktur inklusive dafür benötigter Anwendungen.

Die Evaluation ist vom Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder gemeinsam vorzunehmen. Dies ist notwendig, damit sowohl die primär auf die Einwohnerzahlen des Bundes- und der Länder gerichtete Sichtweise des Bundesamtes als auch auf die fachliche Expertise und das Erfahrungswissen der statistischen Ämter der Länder zur kommunalen Ebene berücksichtigt werden können. Die Wissenschaft sollte einbezogen werden, damit die verwandten statistischen Methoden aus methodologischer Sicht für den Einsatzzweck adäquat sind.

3. Zu Artikel 1 (§ 4 Absatz 1 Satz 1, Nummer 11, § 5 Absatz 1 Satz 1 RegZensErpG)

Artikel 1 ist wie folgt zu ändern:

- a) § 4 Absatz 1 ist wie folgt zu ändern:
 - aa) In Satz 1 sind nach den Wörtern „jede zum Stichtag“ die Wörter „mit alleiniger Wohnung oder Hauptwohnung“ einzufügen
 - bb) Nummer 11 ist zu streichen.
- b) In § 5 Absatz 1 Satz 1 sind die Wörter „oder nur für Nebenwohnungen“ zu streichen.

Begründung:

Für die Durchführung ergänzender Bevölkerungsstatistiken ist eine Übermittlung von Angaben zu Personen, die in einer Gemeinde nur einen Nebenwohnsitz haben, nicht notwendig. Die Einfügung konkretisiert, dass nur Datensätze zu Personen mit Haupt- oder alleinigem Wohnsitz an die statistischen Ämter der Länder zu übermitteln sind. Dementsprechend kann auch im Anschluss keine Mehrfachfallprüfung nur auf Nebenwohnungen durchgeführt werden.

Da nur noch Daten zu Personen mit alleiniger Wohnung oder Hauptwohnung angefordert werden, muss der Wohnungsstatus (§ 4 Absatz 1 Satz 1 Nummer 11 RegZensErpG-E) nicht mehr erhoben werden.

4. Zu Artikel 1 (§ 4 Absatz 1 Satz 1 RegZensErpG)

In Artikel 1 § 4 Absatz 1 Satz 1 sind nach dem Wort „Person“ die Wörter „mit Ausnahme derjenigen Personen, für die eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 des Bundesmeldegesetzes eingetragen ist,“ einzufügen.

Begründung:

Gemäß § 4 Absatz 1 Nummern 2, 3 und 4 RegZensErpG-E umfasst der jährliche Bestandsdatenabzug Name und Anschrift der betroffenen Person. Wenn Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, dass der betroffenen oder einer anderen Person durch eine Melderegisterauskunft eine Gefahr für Leben, Gesundheit, persönliche Freiheit oder ähnliche schutzwürdige Interessen erwachsen kann, hat die Meldebehörde gemäß § 51 Absatz 1 BMG auf Antrag oder von Amts wegen unentgeltlich eine Auskunftssperre im Melderegister einzutragen. Die regelmäßige Übermittlung von Namen und Anschriften von Personen, die § 51 Absatz 1 BMG unterfallen, birgt die Gefahr, dass der Schutzzweck der Auskunftssperre unterlaufen wird. Zumindest bis zur Löschung der Hilfsmerkmale (darunter Name, Straße und Hausnummer), die spätestens erst vier Jahre nach dem Stichtag erfolgen muss (§ 4 Absatz 3 RegZensErpG-E), wird ein Datenbestand erzeugt, über den bundesweit sämtliche Adressen der Personen, für die eine Auskunftssperre besteht, ermittelt werden können. Auch bei Ausnahme von Personen, für die eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 BMG besteht, werden statistische Ergebnisse von hinreichender Qualität erzielt.

5. Zu Artikel 1 (§ 4 Absatz 3 Satz 2 RegZensErpG)

In Artikel 1 § 4 Absatz 3 Satz 2 sind die Wörter „nach Abschluss der Aufbereitung“ durch die Wörter „unverzüglich nach Abschluss der Mehrfachfallprüfung gemäß § 5 Absatz 1 und der Typisierung aller benötigter Auswertungsmerkmale“ zu ersetzen.

Begründung:

Die Typisierung der benötigten Auswertungsmerkmale muss ebenso wie die Mehrfachfallprüfung nach § 5 Absatz 1 RegZensErpG-E auf Individualebene erfolgen. Aus fachstatistischer Sicht sind die Hilfsmerkmale danach nicht mehr erforderlich und dem Grundsatz der Datenminimierung nach unverzüglich zu löschen. Der im RegZensErpG-E verwendete Begriff der „Aufbereitung“ führt bei enger Auslegung zu dem durch den Änderungsantrag vorgesehenen Lösungszeitpunkt. Da der RegZensErpG-E jedoch auch eine andere, weite Auslegung ermöglicht, nach der die Hilfsmerkmale erst später gelöscht würden,

sollte eine entsprechende Klarstellung erfolgen.

6. Zu Artikel 1 (§ 4 Absatz 4, 5, 6 – neu – RegZensErpG)

In Artikel 1 ist § 4 wie folgt zu ändern:

- a) In Absatz 4 ist das Wort „acht“ durch das Wort „sechzehn“ zu ersetzen.
- b) In Absatz 5 sind die Wörter „vier Wochen nach der Überprüfung gemäß Absatz 4“ durch die Wörter „zwanzig Wochen nach dem jeweiligen Stichtag“ zu ersetzen.
- c) Folgender Absatz ist anzufügen:

„(6) Die Merkmale nach Absatz 1 Satz 1 Nummern 3 und 4 dürfen verwendet werden, um das Anschriftenregister nach § 13 Absatz 2 des Bundesstatistikgesetzes zu aktualisieren.“

Begründung:

Zu Buchstabe a:

Es bestehen keine zwingenden fachlichen Gründe, die Überprüfung der Daten der Meldebehörden durch die statistischen Ämter der Länder innerhalb der sehr kurzen Frist von acht Wochen nach der Datenübermittlung durchzuführen. Nach diesem Gesetz kommen zum Anfang eines jeden Jahres durch die Pflegearbeiten im Anschriftenregister nach § 13 Absatz 2 BStatG in Verbindung mit der durch den vorliegenden RegZensErpG-E veranlassten Änderung dieses Paragraphen zusätzliche Arbeiten auf die statistischen Ämter der Länder zu. Die dadurch entstehenden Arbeitsspitzen sind in den statistischen Ämtern der Länder organisatorisch und wirtschaftlich nicht zu realisieren, sodass der Bearbeitungszeitraum auf 16 Wochen auszuweiten ist. Auch mit einer Ausweitung der Prüffrist auf 16 Wochen können alle fachlichen Anschlussprozesse weiterhin termingerecht eingehalten werden.

Zu Buchstabe b:

Es ist nicht sichergestellt, dass die Meldebehörden Kenntnis davon haben, wann die Überprüfung durch die statistischen Landesämter nach § 4 Absatz 4 RegZensErpG-E abgeschlossen ist. Aufgrund der Gesamtkonzeption des § 4 RegZensErpG-E und der Formulierung in § 4 Absatz 4 RegZensErpG-E ist es vorzugswürdig, bei der Bestimmung der Dauer der Aufbewahrungspflicht der Meldebehörden an den jeweiligen Stichtag anzuknüpfen.

Zu Buchstabe c:

Durch die Anfügung des Absatzes wird klargestellt, dass die Anschriftendaten der Melderegister auch explizit für die Pflege des Anschriftenregisters verwendet werden dürfen. Dies erscheint notwendig, da § 13 BStatG nicht explizit

weitere Daten vorsieht, die nicht statistikproduziert beziehungsweise öffentlich zugänglich sind.

7. Zu Artikel 1 (§ 5 Absatz 1 Satz 3, § 7 Absatz 7 Satz 3, § 8 Absatz 2 Satz 3 RegZensErpG)

Artikel 1 § 5 Absatz 1 Satz 3, § 7 Absatz 7 Satz 3 und § 8 Absatz 2 Satz 3 sind jeweils wie folgt zu fassen:

„Das Statistische Bundesamt übermittelt die dafür erforderlichen Daten zu diesem Zweck an die statistischen Ämter der Länder.“

Begründung:

Es muss sichergestellt werden, dass zur Durchführung von manuellen Abgleichen in jedem Fall die erforderlichen Daten an die statistischen Ämter der Länder übermittelt werden.

8. Zu Artikel 1 (§ 6 Satz 1 Nummer 2, 3, 4 – neu – RegZensErpG)

Artikel 1 § 6 Satz 1 ist wie folgt zu ändern:

- a) In Nummer 2 sind die Wörter „2022 und“ durch die Angabe „2022,“ zu ersetzen.
- b) In Nummer 3 ist nach der Angabe „2022“ das Wort „und“ einzufügen.
- c) Nach Nummer 3 ist folgende Nummer einzufügen:

„4. § 16 Absatz 1 Nummer 1 bis 4 des Zensusgesetzes 2022“

Begründung:

Damit auch eine Erprobung der Methodik des Registerzensus an Sonderbereichen möglich ist, bedarf es auch der Hilfsmerkmale. Da keine Identifikationsnummern in den Daten des Zensus vorliegen, muss bei den Zusammenführungen nach § 8 Absatz 2 auf personenidentifizierende Merkmale zurückgegriffen werden. Diese liegen jedoch in den Datenbeständen des Zensus überwiegend als Hilfsmerkmale vor. Für einen vollständigen Test der Methodik des Lebenszeichenansatzes sind insbesondere die Daten zu Personen aus Wohnheimen notwendig, da diese sich durch hohe Mobilität auszeichnen. Im Zensus 2011 und 2022 wurde deshalb auch entschieden, an diesen Anschriften eine Vollerhebung durchzuführen. Die Aufnahme dieser Daten ist notwendig, um beurteilen zu können, ob die Methodik des Registerzensus auch dazu geeignet ist, die Wohnheimbevölkerung in mindestens der Qualität eines registergestützten Zensus zu ermitteln. Ohne die Einfügung sind die Daten aus § 6 Satz 1 Nummer 3 RegZensErpG-E für die Evaluation des Lebenszeichenansatzes wertlos.

Eine umfassende Evaluierung kann somit nicht erfolgen.

Die elektronische Vorab-Fassung durch die endgültig lektorierte Fassung ersetzt.

9. Zu Artikel 1 (§ 7 Absatz 1 Satz 2, Absatz 7 Satz 2 RegZensErpG)

Artikel 1 § 7 ist wie folgt zu ändern:

- a) In Absatz 1 Satz 2 sind nach dem Wort „Monaten“ die Wörter „auf bis zu 12 Monate“ einzufügen.
- b) In Absatz 7 Satz 2 ist das Wort „Abgleiche“ durch das Wort „Bereinigungen“ zu ersetzen.

Begründung:

Zu Buchstabe a:

Die Ergänzung dient der fachlichen Klarstellung, dass zur Erprobung der Lebenszeichenanalyse minimal 12 Monate notwendig sind.

Zu Buchstabe b:

Nach Feststellung von Unvollständigkeit oder Unschlüssigkeit können keine Abgleiche durchgeführt werden, sondern es sind Bereinigungen durchzuführen. Es handelt sich hierbei um eine fachliche Klarstellung.

10. Zu Artikel 1 (§ 8 Absatz 3 RegZensErpG)

In Artikel 1 § 8 Absatz 3 sind die Wörter „eines Registerzensus“ durch die Wörter „der ergänzenden Bevölkerungsstatistiken“ zu ersetzen.

Begründung:

Auf Basis der genannten Daten ist nur eine Erprobung der Methodik der ergänzenden Bevölkerungsstatistiken möglich. Inwiefern dieser Datenverschnitt zur Entwicklung der Methoden des Registerzensus genutzt werden kann, ist nicht ersichtlich. Es handelt sich hierbei um eine Klarstellung gemäß der zugehörigen Gesetzesbegründung.

11. Zu Artikel 1 (§ 8a – neu – RegZensErpG)

In Artikel 1 ist nach § 8 folgender § 8a einzufügen:

„§ 8a

Klärung von Unstimmigkeiten

(1) Soweit Unstimmigkeiten in Bezug auf die Daten nach § 8 Absatz 2 festge-

stellt werden, dürfen die Statistischen Ämter der Länder bei den betroffenen Personen die zur Klärung der Unstimmigkeiten erforderlichen Daten erfragen. Für die Klärung von Unstimmigkeiten besteht Auskunftspflicht.

(2) Auskunftspflichtig sind alle Volljährigen und alle einen eigenen Haushalt führenden Minderjährigen. Sie sind jeweils auch auskunftspflichtig für minderjährige Haushaltsmitglieder, die unter den ausgewählten Anschriften wohnen.

(3) Für volljährige Haushaltsmitglieder, die insbesondere wegen einer Krankheit oder Behinderung nicht selbst Auskunft geben können, ist jedes andere auskunftspflichtige Haushaltsmitglied auskunftspflichtig. Gibt es kein anderes auskunftspflichtiges Haushaltsmitglied und ist für die nicht auskunftsfähige Person ein Betreuer bestellt, so ist dieser oder diese auskunftspflichtig, soweit die Auskunft in seinen oder ihren Aufgabenbereich fällt.

(4) Benennt eine wegen einer Krankheit oder Behinderung nicht auskunftsfähige Person eine Vertrauensperson und erteilt diese die erforderliche Auskunft für die nicht auskunftsfähige Person, so erlischt die Auskunftspflicht nach den Absätzen 2 und 3.

(5) In Gemeinschaftsunterkünften nach § 10 Absatz 3 Nummer 3 ist die Leitung der Einrichtung auskunftspflichtig. Diejenigen Personen, über die Auskunft zu erteilen ist, sind von der Leitung über die Auskunftserteilung zu informieren.“

Begründung:

Allgemein:

Die Aufnahme der Klärung von Unstimmigkeiten in das Gesetz ist notwendig, da im vorliegenden RegZensErpG-E nur die Erprobung der Lebenszeichenanalyse anhand der Daten der Haushaltsstichprobe nach §11 ZensG 2022 in Verbindung mit § 6 RegZensErpG-E vorgesehen ist, jedoch keine Qualitätssicherung durch eine sich anschließende Wohnsitzanalyse vorgenommen wird. Ansonsten könnte in der Erprobungsphase nicht für alle Fälle der potenziellen Über- und Untererfassung im Melderegister eine abschließende Klärung erfolgen. Die Testergebnisse könnten zwar einen Einblick in die Qualität der Methodik des Registerzensus geben, aber diese nicht abschließend belegen. Insbesondere könnte keine valide Einschätzung vorgenommen werden, inwieweit die Verfahren dafür geeignet sind, auf der Gemeindeebene verlässliche Einwohnerzahlen zu ermitteln, die den spezifischen und mindestens den derzeitigen Qualitätsansprüchen genügen.

Zu Absatz 1:

Soweit bei der Zusammenführung der Daten nach § 8 Absatz 2

RegZensErpG-E Unstimmigkeiten festgestellt werden (zum Beispiel Über- oder Untererfassungen), soll zur Qualitätssicherung eine schriftliche Klärung bei auskunftspflichtigen Personen erfolgen. Die Klärung von Unstimmigkeiten entspricht einer schriftlichen Auskunftserteilung mit wenigen Fragen zum Aufenthaltsort (Existenzfeststellung) und wird einen deutlich geringeren Umfang haben als beim Zensus 2011 und 2022. Die Durchführung mit Auskunftspflicht ist erforderlich, da bei freiwilliger Rückmeldung Antwortausfälle zu erwarten sind, die eine für die Evaluation notwendige Ermittlung realitätsgerechter Einwohnerzahlen erheblich gefährden.

Zu Absatz 2:

Auskunftspflichtig sind alle volljährigen Personen in einer Wohnung für sich selbst sowie für alle minderjährigen Personen, die in derselben Wohnung wohnen. Minderjährige Personen, die einen eigenen Haushalt führen, sind für sich selbst auskunftspflichtig sowie für weitere minderjährige Personen, die in dieser Wohnung wohnen.

Zu Absatz 3:

Personen, die zum Beispiel wegen einer Krankheit oder einer Behinderung nicht selbst Auskunft geben können, unterliegen keiner eigenen Auskunftspflicht. Für diese Personen ist jede andere auskunftspflichtige Person in derselben Wohnung auskunftspflichtig. Wenn es keine solche gibt, aber ein Betreuer bestellt ist, ist dieser auskunftspflichtig, soweit die Auskunft in seinen Aufgabenkreis fällt.

Zu Absatz 4:

Eine volljährige Person, die auf Grund von Krankheit oder Behinderung selbst keine Auskunft erteilen kann, darf eine Person ihres Vertrauens mit der Auskunftserteilung beauftragen. Soweit diese Vertrauensperson die Auskünfte erteilt, sind die ansonsten auskunftspflichtigen Personen in derselben Wohnung von der Auskunftspflicht befreit (Absatz 2 und 3).

Zu Absatz 5:

Es sollte hier eine Regelung aufgenommen werden, welche die Auskunftspflicht von Personen in Gemeinschaftsunterkünften (zum Beispiel Altenheime, Justizvollzugsanstalten – Personen haben keine eigene Haushaltsführung) benennt (vergleiche § 26 Absatz 4 ZensG 2022).

12. Zu Artikel 1 (§ 9 Absatz 1, 3 Satz 1 RegZensErpG)

Artikel 1 § 9 ist wie folgt zu ändern:

a) Absatz 1 ist wie folgt zu ändern:

aa) Die Wörter „speichert das Statistische Bundesamt“ sind durch die Wörter „übermittelt das Statistische Bundesamt den statistischen Ämtern der Länder für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich“ zu ersetzen.

bb) Die Angabe „Satz 1“ ist durch die Wörter „Satz 2 Nummer 2“ zu erset-

zen.

Die elektronische Vorab-Fassung durch die endgültig lektorierte Fassung ersetzt.

- b) Absatz 3 Satz 1 ist wie folgt zu ändern:
- aa) Die Wörter „übermitteln die statistischen Ämter der Länder dem Statistischen Bundesamt jährlich auf Anforderung“ sind durch die Wörter „dürfen die statistischen Ämter der Länder jährlich“ zu ersetzen.
 - bb) In Nummer 2 ist das Wort „Mikrozensusgesetzes.“ durch die Wörter „Mikrozensusgesetzes verwenden und mit den Daten nach Absatz 1 zusammenführen.“ zu ersetzen.

Begründung:

Zu Buchstabe a:

Die Datenhaltung bei den statistischen Ämtern der Länder entspricht der verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung. An die Stelle der im RegZensErpG-E vorgesehenen Übermittlung der Mikrozensusdaten an das Statistische Bundesamt muss daher umgekehrt die Übermittlung der Bildungsdaten aus der Haushaltsstichprobe des Zensus 2022 an die statistischen Ämter der Länder treten. So kann auch die nach Absatz 3 durchzuführende Aktualisierung und Ergänzung der Zensusdaten durch Mikrozensusdaten in den statistischen Ämtern der Länder erfolgen. Die vorgesehene Datenspeicherung und -aktualisierung nach § 9 RegZensErpG-E würde einen Grundstock für einen Bildungsstatistischen Datenbestand sowie ein Bildungs(verlaufs)register beim Statistischen Bundesamt legen. Dies wäre nicht zu akzeptieren, weil der Haupt- und Grundbestand des Bildungsregisters aus den amtlichen Schuldaten der Länder stammt.

Da eine Vielzahl von Personen der Haushaltsstichprobe keine Informationen zu den Bildungsmerkmalen vorweisen können (nur Befragung nach § 11 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 des ZensG 2022) erscheint es aus Sicht des Grundsatzes der Datensparsamkeit fragwürdig, weshalb diese Personen in den entsprechenden Datenbestand aufzunehmen sind. Die Übernahme von Angaben zu Personen, die im Rahmen der Stichprobe nach §11 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 ZensG 2022 befragt werden (Unterstichprobe aus Nummer 1) in den Datenbestand ist ausreichend.

Zu Buchstabe b:

Die statistischen Ämter der Länder sollen die Aktualisierung und Ergänzung der Zensusdaten durch Mikrozensusdaten durchführen.

13. Zu Artikel 1 (§ 9a – neu – RegZensErpG)

In Artikel 1 ist nach § 9 folgender § 9a einzufügen:

„§ 9a

Bereitstellung der Daten für die statistischen Ämter der Länder

(1) Während und nach Abschluss aller einmaligen und jährlichen Aufbereitungsschritte werden für statistische Zwecke und zur Erprobung sowie Evaluation der entwickelten Methoden im Rahmen des § 1 die Datenbestände nach diesem Gesetz, inklusive Hilfsmerkmale und abgeleiteter Merkmale, in regelmäßigen, zwischen dem Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder vereinbarten Zeitintervallen, in einer durch den Bund vorgehaltenen und gemeinsam mit den Ländern verwalteten zentralen Datenbank gespeichert. Das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder dürfen die Datenbank für die Analyse und Bearbeitung von Daten sowie für Auswertungen in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich nutzen.

(2) Nach Abschluss aller einmaligen und jährlichen Aufbereitungsschritte ist das Statistische Bundesamt jährlich verpflichtet, auf Anfrage eines statistischen Landesamts für dessen Zuständigkeitsbereich für statistische Zwecke des Landes und zur Evaluation der entwickelten Methoden im Rahmen des § 1 eine Kopie der Daten der mehrfachfallgeprüften Melderegister nach § 5 Absatz 1 Satz 1, der Daten des Zensus 2022 nach § 6, der Vergleichsregisterbestände nach § 7, der generierten Daten nach § 8, der Daten zur Erfüllung künftiger Datenübermittlungspflichten nach § 9, sowie die Ergebnisse der ergänzenden Bevölkerungsstatistiken nach § 5 Absatz 2 zu übermitteln.

(3) Die Löschfristen der in einer zentralen Datenbank hinterlegten Datenbestände nach Absatz 1 und der übermittelten Daten nach Absatz 2 bleiben jeweils unberührt.“

Begründung:

Allgemein:

Für Zwecke der Evaluierung der entwickelten Methoden des Registerzensus durch die statistischen Ämter der Länder bis auf die Gemeindeebene ist sowohl ein Zugriff auf die Datenbestände im laufenden Betrieb zur Beurteilung der einzelnen Aufbereitungsschritte im Statistischen Bundesamt notwendig, als

auch dann nach Abschluss aller Aufbereitungsschritte. Dadurch wird die notwendige Transparenz geschaffen, damit die statistischen Ämter der Länder ihrem gesetzlichen Auftrag zur Mitwirkung bei der Qualitätssicherung nach § 3 Absatz 1 Nummer 3 BStatG hinreichend nachkommen können. Dieses gilt insbesondere, da die Statistischen Ämter für eine realitätsgerechte Ermittlung der Einwohnerzahlen auf kommunaler Ebene Sorge zu tragen haben.

Zu Absatz 1:

In diesem Absatz wird geregelt, dass sämtliche Datenbestände nach diesem Gesetz in einer zentralen Datenbank gespeichert werden sollen. Dadurch wird gewährleistet, dass auch während des Evaluierungsprozesses die statistischen Ämter der Länder für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich die Möglichkeit haben, sämtliche Schritte bis auf Personenebene nachvollziehen zu können und bei Feststellung von Qualitätseinbußen frühzeitig auf die Abstellung dieser hinzuwirken.

Zu Absatz 2:

Hiermit erhalten die statistischen Ämter der Länder nach Abschluss aller Bearbeitungsschritte auf Anfrage einen Abzug der verwendeten Daten ihres Zuständigkeitsbereichs. Damit soll gewährleistet werden, dass die statistischen Ämter der Länder in der Lage sind, zum einen die zur Veröffentlichung vorgesehenen Daten nach § 5 Absatz 2 RegZensErpG-E zu erhalten, und zum anderen auch für die weiteren Datenbestände eigene Analysen zur Evaluierung der Methodik durchführen zu können. Dieses erlangt insbesondere dann Relevanz, wenn die möglichen Analysen nach Absatz 1 durch technische Vorgaben beschränkt sind.

Zu Absatz 3:

Hierin wird festgehalten, dass durch Bereitstellung von Daten in einer Datenbank oder der Übermittlung von Daten die Löschfristen nicht geändert werden. Sie gelten entsprechend den hinterlegten Regelungen:

1. Für die Kopie der Daten der mehrfachfallgeprüften Melderegister nach § 5 Satz 1 gilt § 4 Absatz 3 RegZensErpG-E.
2. Für die Kopie der Daten des Zensus 2022 nach § 6 gilt § 6 Satz 1 Nummer 2 RegZensErpG-E.
3. Für die Kopie der Daten der Vergleichsregister gilt § 7 Absatz 6 RegZensErpG-E.
4. Für die Kopie der Daten zur Erfüllung künftiger Datenübermittlungspflichten nach § 9 gelten § 9 Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3 Satz 2 RegZensErpG-E.

14. Zu Artikel 1 (§ 10 Absatz 1 Satz 1, 2, Absatz 4 – neu – RegZensErpG)

In Artikel 1 ist § 10 wie folgt zu ändern:

a) Absatz 1 ist wie folgt zu ändern:

aa) In Satz 1 sind die Wörter „zur Vorbereitung und Erstellung von Bundes- und Landesstatistiken sowie für Auswertungszwecke“ durch die Wörter „gemeinsam mit den statistischen Ämtern der Länder zur Vorbereitung des Registerzensus“ zu ersetzen.

bb) In Satz 2 ist das Wort „Bundesstatistiken“ durch die Wörter „Bundes- und Landesstatistiken und öffentlich zugängliche Quellen“ zu ersetzen.

b) Folgender Absatz ist anzufügen:

„(4) Die statistischen Ämter der Länder wirken beim Aufbau und der Pflege des Einrichtungsregisters mit. Die statistischen Ämter der Länder stellen die Vollständigkeit der einzubeziehenden Sonderbereiche und die Qualität der Angaben zu den in Absatz 2 genannten Merkmalen sicher. Zu diesem Zweck dürfen die statistischen Ämter der Länder bei den nach Landesrecht für die Aufsicht über die Sonderbereiche zuständigen Stellen sowie bei den Trägern der Einrichtungen die Angaben nach Absatz 2 Nummer 3 bis 8 erheben.“

Begründung:

Zu Buchstabe a

Zu Doppelbuchstabe aa:

Die Umformulierung erfolgt zur Klarstellung, dass dieser Datenbestand nur für den Registerzensus zu verwenden ist und nicht als ein weiteres allgemeines Statistikregister, was unter § 12 BStatG zu führen ist. Damit ist dann in Verbindung mit §§ 2 und 5 dieses Gesetzes das Zugriffsrecht auf den Datenbestand des Einrichtungsregisters durch die statistischen Ämter der Länder gewährleistet.

Zu ergänzen war, dass die Führung gemeinsam erfolgt, da viele der benötigten Angaben aus den Ländern kommen und durch diese zu pflegen sind. Im Zensusvorbereitungsgesetz wird der Aufbau dieses Datenbestands noch den Statistischen Ämtern der Länder zugestanden (vgl. § 11 ZensVorbG 2022).

Zu Doppelbuchstabe bb:

Zum Aufbau und zur Pflege des Einrichtungsregisters sind auch Angaben aus Landesstatistiken sowie öffentlichen Quellen zu verwenden.

Zu Buchstabe b:

Es ist ein neuer Absatz hinzuzufügen, der regelt, dass die Statistischen Ämter der Länder bei der Pflege und dem Aufbau mitwirken. Die Formulierung erfolgt analog zu § 11 Absatz 2 ZensVorbG 2022.

15. Zu Artikel 1 (§ 11 Satz 1 RegZensErpG)

In Artikel 1 § 11 Satz 1 sind die Wörter „darf das Statistische Bundesamt“ durch die Wörter „dürfen das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder“ zu ersetzen.

Begründung:

Es soll sichergestellt werden, dass auch innerhalb der Länder eigene Untersuchungen in Bezug auf die Nutzbarkeit von Fernerkundungsdaten für den Registerzensus ermöglicht werden.

Gegenäußerung der Bundesregierung

Die Bundesregierung äußert sich zur Stellungnahme des Bundesrates wie folgt:

1.) Zum Gesetzentwurf allgemein

- a) Die Bundesregierung begrüßt die zustimmende Position der Länder zu dem Vorhaben der Bundesregierung, die Erprobung von Verfahren eines Registerzensus zu regeln. Sie teilt die Einschätzung der Länder, dass es nicht nur aus methodischen, sondern auch aus verfassungsrechtlichen und politischen Gründen unabdingbar ist, zunächst die Verfahren eines Registerzensus auf gesetzlicher Grundlage zu erproben. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich bei den Regelungen zur Erprobung des Registerzensus (im Unterschied zu den ebenfalls im Gesetzentwurf enthaltenen Regelungen zur Erstellung ergänzender Bevölkerungsstatistiken) um die methodische Untersuchung, nicht aber bereits um die Durchführung einer Bundesstatistik handelt. Dieser – zukünftigen Regelungen zur Vorbereitung und Anordnung des Registerzensus vorgeschaltete – Methodentest führt dazu, dass wichtige Festlegungen insbesondere zur Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern bei den zukünftigen Umsetzungsschritten im vorliegenden Gesetzentwurf noch nicht getroffen werden.
- b) Wie seitens der Länder zu Recht ausgeführt wird, sind die Zensusdaten eine wichtige Grundlage für wirtschaftliche, gesellschaftliche und sonstige politische Entscheidungen. Die Einschätzung, dass zukünftig registerbasiert zu ermittelnde Einwohnerzahlen und weitere soziodemographische sowie ökonomische Merkmale qualitativ nicht hinter den Ergebnissen des registergestützten Zensus und vorheriger Volkszählungen zurückbleiben dürfen, wird von der Bundesregierung ausdrücklich geteilt.
- c) Die Bundesregierung bekräftigt die Aussagen der Länder zur Bedeutung eines gemeinsamen, von einer konstruktiven Zusammenarbeit von Bund und Ländern getragenen Herangehens, um das Großvorhaben Registerzensus zum Erfolg zu führen. Dabei ist den methodischen Änderungen, die sich aus einer registerbasierten Ermittlung der Zensusergebnisse und der damit angestrebten Abkehr von einer stichtagsbezogenen Erhebung ergeben, Rechnung zu tragen. Um die weiterhin starke Beteiligung der Länder bereits in diesem frühen Stadium der Erprobung deutlich zu machen, schlägt die Bundesregierung vor, wesentliche, von den Ländern geforderte Klarstellungen beziehungsweise Anpassungen zur Bund-Länder-Zusammenarbeit (insbesondere § 2 RegZensErpG – Ausführungen unter Ziffer 2), zur Qualitätssicherung (siehe § 8a RegZensErpG – Ausführungen unter Ziffer 11), zur Datenhaltung (siehe § 9 RegZensErpG – Ausführungen zu Ziffer 12) sowie zu Datenübermittlungsansprüchen der Länder (siehe Ziffern 7 und 13) aufzunehmen.
- d) Die Bundesregierung bestätigt die Auffassung der Länder bezüglich der im Bun-

desstatistikgesetz vorgesehenen, grundlegenden Arbeitsteilung zwischen dem Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder. Diese findet sich im vorliegenden Gesetzentwurf wieder. So heißt es zunächst in § 1 Satz 1 RegZensErpG klarstellend: „Das Bundesstatistikgesetz findet Anwendung.“. Des Weiteren spiegelt sie sich beispielsweise in den Regelungen des § 2 RegZensErpG wider, zu denen die Bundesregierung entsprechende Klarstellungen vorschlägt (siehe auch die Ausführungen unter Ziffer 2). Die wichtige Rolle der Statistischen Ämter der Länder kommt auch in der vorgeschlagenen Aufnahme eines § 8a RegZensErpG zum Ausdruck (siehe auch die Ausführungen unter Ziffer 11).

- e) Wie die Länder richtigerweise erläutern, wird mit dem Registerzensus erneut ein grundlegender Methodenwechsel beim Zensus und bei den laufenden Bevölkerungsstatistiken angestrebt, der sich unmittelbar auf die Ermittlung der Einwohnerzahlen auswirkt. Um die Verfassungsmäßigkeit der weiterentwickelten Zensusmethodik zu gewährleisten, bedarf es einer umfassenden Erprobung. Dafür wird die Konzeption und Durchführung des Tests als gemeinsame Aufgabe der statistischen Ämter des Bundes und der Länder geregelt. Die Bundesregierung teilt die Einschätzung des Bundesrates, dass die Länder einen wichtigen Beitrag zu einer umfassenden Erprobung der neuen Methodik leisten können, da sie neben den Rahmenbedingungen auf Landesebene auch die spezifischen Bedingungen der Kommunen kennen. Nach der Erprobung der Verfahren des Registerzensus wird ein Evaluationsbericht erstellt werden. Um in diesem die fachliche Expertise des Statistischen Bundesamtes und der statistischen Ämter der Länder zu berücksichtigen, werden Letztgenannte in den Erstellungsprozess einbezogen. Dies gilt auch für die Wissenschaft.
- f) Das besondere Interesse der Länder an einer weitergehenden Erprobung der Qualitätssicherung, die eine detailliertere Einschätzung der Genauigkeit der Verfahren mit Blick auf die Ermittlung verlässlicher Einwohnerzahlen auf Gemeindeebene bedeutet, wird seitens der Bundesregierung nachvollzogen. Die Regelung einer vollständigen Wohnsitzanalyse zur Klärung von Unstimmigkeiten als zusätzliche Befragung – zeitnah nach dem Zensus 2022 – würde jedoch dem Ziel der reduzierten Belastung der Auskunftsgewährenden – mit einer gegebenenfalls zweiten Befragung bestimmter Personen – zuwiderlaufen. Da mit einer Erprobung der Wohnsitzanalyse in einem begrenzten Umfang bereits valide Aussagen getroffen werden können und um die weitere Belastung der Auskunftspflichtigen zu begrenzen, wird die Aufnahme einer entsprechenden Regelung in § 8a RegZensErpG vorgeschlagen (vergleiche Ausführungen unter Ziffer 11).
- g) Das Bildungsregister ist nicht Gegenstand des RegZensErpG und damit werden im RegZensErpG keine Vorfestlegungen im Hinblick auf die Datenhaltung im Bildungsregister gelegt. Zudem weist die Bundesregierung darauf hin, dass nicht alle Bildungsdaten in den Bereich der ausschließlichen Gesetzgebung der Länder fallen. So handelt es sich beispielsweise bei der Hochschulstatistik, der Berufsbildungsstatistik und der Statistik nach dem Berufsqualifizierungsfeststellungsgesetz um Bundesstatistiken.

- h) Soweit der Bundesrat auf Risiken einer zentralen IT-Entwicklung und Durchführung hinweist, sind diese aus Sicht der Bundesregierung beherrschbar und mit den Risiken einer Verteilung von IT-Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Ländern und einer Datenhaltung an verschiedenen Standorten wie beim Zensus 2011 (vergleiche Gegenäußerung der Bundesregierung zum Zensusvorbereitungsgesetz 2021, Bundestagsdrucksache 18/10484 Seite 1 f.) abzuwägen. Vergleiche im Ergebnis die Ausführungen unter Ziffer 2 unten. Die Bundesregierung weist auch an dieser Stelle darauf hin, dass Regelungsgegenstand des vorliegenden Gesetzentwurfs die Erprobung, nicht bereits die Vorbereitung und Durchführung des Registerzensus ist.
- i) Der Gesetzentwurf enthält lediglich eine vorläufige Schätzung der Kosten der statistischen Ämter der Länder durch das Statistische Bundesamt. Die Haushaltsausgaben und der Erfüllungsaufwand der Landesverwaltung und der Kommunen wurden in der Vorgabe „Übermittlung von Meldedaten durch die Meldebehörden an die Statistischen Ämter der Länder; § 4 RegZensErpG“ berücksichtigt. Die von den Ländern ermittelten Kosten der Statistischen Ämter der Länder werden im parlamentarischen Verfahren nachgereicht.
- j) Die Erstellung eines Arbeits- und Zeitplans für das Projekt ist aus Sicht der Bundesregierung nicht Gegenstand des Gesetzgebungsverfahrens, sondern Teil des operativen Geschäfts und sollte gemeinsam durch die Beteiligten von Bund und Ländern erfolgen.

2.) Zu Artikel 1 (§ 2 RegZensErpG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates teilweise zu und schlägt folgende Fassung für § 2 vor:

„§ 2

Aufgaben des statistischen Bundesamtes und der statistischen Ämter der Länder

(1) Das Statistische Bundesamt bereitet im Benehmen mit den statistischen Ämtern der Länder die Erprobung des Registerzensus methodisch vor.

(2) Das Statistische Bundesamt ist für die Entwicklung der für die Erprobung des Registerzensus und die Durchführung von § 4 benötigten zentralen technischen Anwendungen verantwortlich. Die besonderen Erfahrungen der statistischen Ämter der Länder in der Verbundprogrammierung sollen dabei genutzt werden. Das Statistische Bundesamt hält in Zusammenarbeit mit dem Informationstechnikzentrum Bund die für die Aufbereitung und Datenhaltung notwendige IT-Infrastruktur vor. Die Verantwortlichkeit der statistischen Ämter der Länder für die zur Erfüllung der Aufgaben nach § 9 notwendigen IT-Infrastruktur bleibt davon unberührt.“

Mit der vorgeschlagenen Fassung entspricht die Bundesregierung den Forderungen der Länder nach einer expliziten Regelung, welche die gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern betont. Absatz 1 ist dabei angelehnt an § 3 Absatz 1 Nummer 1 BStatG. Dem Vorschlag des Bundesrates, auch eine an § 3 Absatz 1 Nummer 2 BStatG orientierte Regelungen aufzunehmen, wird nicht zugestimmt. Für die Phase der Erprobung des Registerzensus ist lediglich § 3 Absatz 1 Nummer 1 BStatG relevant. § 3 Absatz 1 Nummer 2 BStatG betrifft die Vorbereitung und Durchführung des Registerzensus. Diese wird vorliegend noch nicht geregelt.

Aus dem vorgeschlagenen Absatz 2 folgt die Verantwortlichkeit der statistischen Ämter der Länder für die notwendige dezentrale IT-Infrastruktur zur Erfüllung der Aufgaben nach § 8a RegZensErpG (vergleiche Ziffer 11) und § 9 (vergleiche Ziffer 12). Dem Vorschlag des Bundesrates der alleinigen Verantwortlichkeit der statistischen Ämter der Länder für die Bereitstellung der für § 4 Absatz 1 RegZensErpG notwendigen technischen Infrastruktur wird nicht zugestimmt, da die Erstellung von ergänzenden Bevölkerungsstatistiken nach §§ 4, 8 RegZensErpG eine Mehrfachfallprüfung nach § 5 RegZensErpG in einem zentralen Datenbestand erfordert.

Darüber hinaus wird entsprechend dem Vorschlag des Bundesrates in Absatz 2 klargestellt, dass bei der Entwicklung der zentralen technischen Anwendungen durch das Statistische Bundesamt die Erfahrungen der statistischen Ämter der Länder genutzt werden sollen.

Dem Vorschlag des Bundesrates, zentrale Datenbanken gemeinsam vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Ämtern der Länder zu betreiben, wird aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht zugestimmt. Dies würde insbesondere zu Unklarheiten hinsichtlich der datenschutzrechtlichen Verantwortlichkeit führen. Dem Anliegen der Länder nach einem Zugriff auf die ihren Zuständigkeitsbereich betreffenden Daten sollte in anderer Weise Rechnung getragen werden (vergleiche die Ausführungen zu Ziffer 13).

Die Erstellung eines Evaluationsberichts bedarf ebenso wie die Einbeziehung der Wissenschaft keiner gesetzlichen Regelung. Die Bundesregierung hält die im Allgemeinen Teil der Begründung des Gesetzentwurfes enthaltene Festlegung zur Evaluation nach der Erprobung der Verfahren des Registerzensus für ausreichend und erklärt zusätzlich, dass bei der Erstellung des Evaluationsberichtes die fachliche Expertise der Wissenschaft sowie der statistischen Ämter der Länder berücksichtigt wird.

3.) Zu Artikel 1 (§ 4 Absatz 1 Satz 1, Nummer 11, § 5 Absatz 1 Satz 1 RegZensErpG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates zu.

4.) Zu Artikel 1 (§ 4 Absatz 1 Satz 1 RegZensErpG)

Die Bundesregierung gibt zu bedenken, dass der Verzicht auf die Übermittlung von Daten

zu Personen mit Auskunftssperre zu wesentlichen statistischen Verzerrungen führen könnte. Eine Auskunftssperre ist für eine nicht vernachlässigbare Zahl von Personen (mehrere Hunderttausend Personen) im Melderegister eingetragen. Um realitätsgerechte Bevölkerungszahlen erstellen zu können, wäre es daher fachlich angezeigt, auch Personen mit Auskunftssperre bei der Erstellung der Ergebnisse zu berücksichtigen.

In Betracht kommt statt dessen auch, für die besonders sensiblen Merkmale wie Name, Tag der Geburt und Steuer-ID (§ 4 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2, 5 und 22 RegZensErpG) eine verkürzte Löschfrist vorzusehen (Löschfrist nach Ende der Mehrfachfallprüfung).

5.) Zu Artikel 1 (§ 4 Absatz 3 Satz 2 RegZensErpG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates teilweise zu.

Für die Merkmale nach § 4 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, 3, 14 bis 16 RegZensErpG schlägt auch die Bundesregierung eine Löschung nach Abschluss der Mehrfachfallprüfung vor (vergleiche bereits unter Ziffer 4.). Im Übrigen muss aber sichergestellt werden, dass eine Wiederholung der Mehrfachfallprüfung möglich ist und die Hilfsmerkmale erst nach Abschluss der Erstellung der statistischen Ergebnisse gelöscht werden.

6.) Zu Artikel 1 (§ 4 Absatz 4, 5, 6 – neu – RegZensErpG)

a) und b)

Die Bundesregierung stimmt den Vorschlägen des Bundesrates zu.

c)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates nicht zu.

Die vorgeschlagene Klarstellung ist nicht erforderlich.

In der Begründung zu Artikel 2 Nummer 1 des Gesetzentwurfes wird davon ausgegangen, dass es sich bei den übermittelten Daten um „Angaben aus Bundes- und Landesstatistiken“ im Sinne des § 13 Absatz 2 Satz 4 BStatG handelt (vergleiche Bundesratsdrucksache 140/21 Seite 45 f.). Dort heißt es: „Zur Pflege des Anschriftenregisters werden Angaben aus Bundes- und Landesstatistiken verwendet. Entsprechend der Auslegung von § 13 Absatz 2 Satz 4 BStatG fallen unter Angaben aus Bundesstatistiken insbesondere auch Daten aus dem Zensus (vergleiche Begründung zu § 13 Absatz 2 Satz 4 BStatG, Bundestagsdrucksache 18/7561, Seite 26: „Das Anschriftenregister wird mit beim Statistischen Bundesamt bereits vorhandenen Daten (insbesondere solchen aus dem Zensus 2011) aufgebaut“.). Dem steht nicht entgegen, dass die Verwendung von Daten aus dem Zensus 2022 in der derzeitigen Regelung des § 15 Absatz 2 Zensusvorbereitungsgesetz 2022 ausdrücklich normiert ist. Die Begründung zu § 15 Absatz 2 Zensusvorbereitungsgesetz 2022 stellt klar, dass es sich hierbei lediglich um eine Klarstellung handelt, nicht aber um eine erforderliche explizite Regelung (Bundestags-

drucksache 18/10458, Seite 24: „Die Regelung stellt klar, dass die Angaben des Anschriftenbestandes nach § 4 zur Aktualisierung des Anschriftenregisters des § 13 Absatz 2 des Bundesstatistikgesetzes genutzt werden können.“). Die Quellen zur Pflege des Anschriftenregisters schließen anschriftenbezogene Angaben aus den Datenlieferungen ein, die für die Erstellung der ergänzenden Bevölkerungsstatistiken nach Artikel 1 § 4 des Gesetzesentwurfes aus den Melderegistern übermittelt werden.“.

Die Aufnahme einer klarstellenden Regelung in den Gesetzestext würde die Gefahr von unzutreffenden Umkehrschlüssen für Angaben aus anderen Bundes- oder Landesstatistiken bergen.

7.) Zu Artikel 1 (§ 5 Absatz 1 Satz 3, § 7 Absatz 7 Satz 3, § 8 Absatz 2 Satz 3 RegZensErpG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates zu.

8.) Zu Artikel 1 (§ 6 Satz 1 Nummer 2, 3, 4 – neu – RegZensErpG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates zu.

9.) Zu Artikel 1 (§ 7 Absatz 1 Satz 2, Absatz 7 Satz 2 RegZensErpG)

a)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates mit folgender sprachlichen Klarstellung zu:

„In Absatz 1 Satz 2 werden nach dem Wort „Monaten“ die Wörter „um bis zu 12 Monate“ eingefügt.“

Die klarstellende Formulierung entspricht inhaltlich dem Anliegen des Bundesrates, dass der in § 7 Absatz 1 Satz 2 RegZensErpG genannte Zeitraum von 24 Monaten seitens des Statistischen Bundesamtes nicht unter 12 Monate verkürzt werden kann. Es wird deutlich, dass ein Mindestzeitraum von 12 Monaten eingeführt werden soll.

b)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates in redaktionell angepasster Form zu.

Eine Bereinigung im Sinne einer Plausibilisierung der Vergleichsregister ist nicht vorgesehen, weshalb der vorgeschlagene Begriff „Bereinigen“ nicht zutreffend ist. Es sollte stattdessen der Begriff „Prüfung“ verwendet werden, da die personenbezogenen Angaben

der Vergleichsregister lediglich zur eindeutigen Zuordnung benötigt werden und der Satz sich auf die manuelle Überprüfung der maschinellen Zuordnung bezieht.

10.) Zu Artikel 1 (§ 8 Absatz 3 RegZensErpG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates zu.

11.) Zu Artikel 1 (§ 8a – neu – RegZensErpG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates teilweise zu.

Das besondere Interesse der Länder an einer weitergehenden Erprobung der Qualitätssicherung, die eine detailliertere Einschätzung der Genauigkeit der Verfahren mit Blick auf die Ermittlung verlässlicher Einwohnerzahlen auf Gemeindeebene bedeutet, wird seitens der Bundesregierung nachvollzogen. Eine vollständige Wohnsitzanalyse als zusätzliche Befragung – zeitnah nach dem Zensus 2022 – würde jedoch dem Ziel der reduzierten Belastung der Auskunftsgewebenden – mit einer gegebenenfalls zweiten Befragung bestimmter Personen – zuwiderlaufen. Da mit einer Erprobung der Wohnsitzanalyse in einem begrenzten Umfang bereits valide Aussagen getroffen werden können und um die weitere Belastung der Auskunftspflichtigen zu begrenzen, schlägt die Bundesregierung die Aufnahme eines § 8a RegZensErpG in folgender Fassung vor:

„(1) Soweit bei der Zusammenführung von Daten nach § 8 Absatz 2 Unstimmigkeiten in Bezug auf die Anschrift festgestellt werden, dürfen die statistischen Ämter der Länder bei bis zu 100.000 Personen zur Klärung der Unstimmigkeiten elektronisch oder schriftlich erfragen, ob sie zum Zensusstichtag an einer bestimmten Anschrift wohnhaft gewesen sind und welche weiteren Wohnsitze gegebenenfalls in Deutschland bestanden. Personen, die in der Haushaltebefragung des Zensus 2022 befragt wurden, dürfen nicht erneut befragt werden. Es besteht Auskunftspflicht.

(2) Auskunftspflichtig sind alle Volljährigen und alle Minderjährigen, die ohne Erziehungsberechtigten an einer Anschrift wohnhaft sind. Sie sind jeweils auch auskunftspflichtig für minderjährige Personen, die in der gleichen Wohnung wohnen.

(3) Für volljährige Personen, die insbesondere wegen einer Krankheit oder Behinderung nicht selbst Auskunft geben können, ist jede andere in der Wohnung wohnende auskunftspflichtige Person auskunftspflichtig. Gibt es keine andere auskunftspflichtige Person in der Wohnung und ist für die nicht auskunftsfähige Person ein Betreuer bestellt, so ist dieser oder diese auskunftspflichtig, soweit die Auskunft in seinen oder ihren Aufgabenbereich fällt.

(4) Benennt eine wegen einer Krankheit oder Behinderung nicht auskunftsfähige Person eine Vertrauensperson und erteilt diese die erforderliche Auskunft für die nicht auskunftsfähige Person.

fähige Person, so erlischt die Auskunftspflicht nach den Absätzen 2 und 3.“

In Absatz 1 wird damit eine Begrenzung der Stichprobe der potenziellen Fehlerfassungen, denen in der Klärung nachgegangen wird, auf ein Maximum von 100.000 Personen festgelegt. Darüber hinaus werden Personen, die bereits in der Haushaltstichprobe des Zensus 2022 befragt werden, ausgesteuert, da für diese Personen bereits eine geprüfte Angabe (durch den Zensus) zum Zensusstichtag vorliegt und damit eine Doppelbelastung sowie inkonsistente Angaben vermieden werden sollen.

Die Änderungen in den Absätzen 2 bis 4 gegenüber dem Ländervorschlag sind notwendig, da sich die Formulierung im Ländervorschlag auf die Haushaltebefragung des Zensus 2022 bezieht. Im Registerzensus werden jedoch keine ganzen Haushalte befragt, sondern lediglich einzelne Personen, die durch den Lebenszeichenansatz als potenzielle Fehlerfassungen identifiziert werden. Somit beziehen sich die Änderungen vor allem auf die Begriffe Haushaltsmitglieder (oder Ähnliche), die durch Personen ersetzt werden.

Der vorgeschlagene Absatz 5 wird nicht übernommen, da in Sonderbereichen eine Vollerhebung im Zensus stattfindet, um eine Doppelbelastung der Befragten sowie inkonsistente Ergebnisse zum Aufenthalt am Zensusstichtag zu vermeiden.

12.) Zu Artikel 1 (§ 9 Absatz 1, 3 Satz 1 RegZensErpG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates in abgewandelter Form zu und schlägt für § 9 Absatz 1 und Absatz 3 die folgende Fassung vor:

„(1) Für Zwecke europäischer Bevölkerungsstatistiken einschließlich Zensus speichern die statistischen Ämter der Länder jeweils für ihren Zuständigkeitsbereich die Daten der Haushaltsstichprobe nach § 11 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 in Verbindung mit § 13 Absatz 1 Nummer 2 bis 5, 7 und 9 sowie Nummer 16 bis 18 und Absatz 2 des Zensusgesetzes 2022.

(3) Zur Aktualisierung und Ergänzung der Daten zu den Merkmalen nach § 13 Absatz 1 Nummer 7 und 16 bis 18 des Zensusgesetzes 2022 speichern die statistischen Ämter der Länder jeweils für ihren Zuständigkeitsbereich nach Abschluss der Aufbereitung des jeweiligen Mikrozensus die Daten nach:

1. § 6 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a, Nummer 3, Nummer 4 Buchstabe a Doppelbuchstaben cc, ee und ff sowie Nummer 7 Buchstabe a bis c und Nummer 8 des Mikrozensusgesetzes,

2. § 11 Absatz 1 Nummer 1 und 3 des Mikrozensusgesetzes.

Die Daten zu den Merkmalen nach Nummer 2 sind frühestmöglich, spätestens jedoch sechs Jahre nach Abschluss der Aufbereitung des jeweiligen Mikrozensus zu löschen.“

Damit werden die Daten dem Anliegen des Bundesrates entsprechend dezentral gespeichert. Die Regelung des § 9 RegZensErpG bezweckt die Sicherung der bildungsbezogenen Daten aus dem Zensus 2022 und dem Mikrozensus zur Erfüllung europäischer Lieferpflichten. Regelungen zu Datenzusammenführungen sind daher nicht zu treffen. Zudem handelt es sich bei der Speicherung der Bildungsmerkmale aus dem Zensus 2022 nicht um eine Vorstufe für ein Bildungsregister und mit § 9 RegZensErpG werden somit keine Vorfestlegungen im Hinblick auf die Datenhaltung im Bildungsregister gelegt.

13.) Zu Artikel 1 (§ 9a – neu – RegZensErpG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates nicht zu, schlägt jedoch vor, das Anliegen der Länder auf andere Weise und an einem anderen Regelungsort aufzunehmen. Vorgeschlagen wird die Einfügung des folgenden neuen § 8 Absatz 4 RegZensErpG:

„Nach Abschluss aller einmaligen und jährlichen Aufbereitungsschritte erhalten die statistischen Ämter der Länder auf Anforderung für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich zur Evaluation der entwickelten Methoden eine Kopie der Daten nach § 8 ohne die Hilfsmerkmale.“

Die Schaffung einer dem Ländervorschlag entsprechenden Datenbank ginge über die Erfordernisse der Erprobung hinaus. Sie wäre außerdem zeitlich nicht umsetzbar. Um der Länderforderung nach einem Datenzugang zu entsprechen, sollen die Länder die fertigen Datensätze für die ergänzenden Bevölkerungsstatistiken sowie die Methodentests vom Statistischen Bundesamt erhalten. Dabei wird allerdings aus datenschutzrechtlichen Gründen keine Übermittlung der Hilfsmerkmale vorgesehen.

14.) Zu Artikel 1 (§ 10 Absatz 1 Satz 1, 2, Absatz 4 – neu – RegZensErpG)

a)

aa)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates nicht zu.

Das Einrichtungsregister soll neben dem Registerzensus grundsätzlich auch zur Erstellung anderer Statistiken, insbesondere der Wohnungslosenstatistik, genutzt werden dürfen. Daher ist die Beschränkung einer Nutzung auf den Registerzensus nicht sinnvoll.

Um dem Anliegen der Länder, die Aufgabenteilung zwischen dem Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder deutlich zu machen, Rechnung zu tragen, schlägt die Bundesregierung die Einfügung des folgenden Satzes 3 vor:

„Die Statistischen Ämter der Länder wirken bei der Pflege des Einrichtungsregisters mit

und dürfen es nutzen, soweit es zur Erfüllung der Zwecke nach Satz 1 erforderlich ist.“.

bb)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates zu, allerdings mit folgender redaktionellen Anpassung:

„In Satz 2 ist das Wort „Bundesstatistiken“ durch die Wörter „Bundes- und Landesstatistiken sowie aus allgemein zugänglichen Quellen“ zu ersetzen.“

b)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates teilweise zu.

Die Mitwirkung der Länder bei der Pflege des Einrichtungsregisters wird durch den unter Buchstabe a) aa) von der Bundesregierung vorgeschlagenen neuen Satz 3 vorgesehen. Einer umfänglicheren Regelung stimmt die Bundesregierung nicht zu.

§ 10 RegZensErpG bezweckt insbesondere das Ermöglichen der Weiternutzung der Sonderbereichsangaben aus dem Zensus 2022 zum Aufbau des Einrichtungsregisters. Daher wird die Pflege des Registers und damit der Beitrag der statistischen Ämter der Länder zu dieser in diesem Gesetz noch nicht umfassend geregelt. Dies soll zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

15.) Zu Artikel 1 (§ 11 Satz 1 RegZensErpG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag grundsätzlich zu.

Anstelle einer Änderung von Satz 1 schlägt die Bundesregierung die Einfügung des folgenden neuen Satzes 2 vor:

„Die statistischen Ämter der Länder dürfen diese Daten zur Durchführung von Untersuchungen zur Erfüllung des Zwecks nach Satz 1 nutzen, soweit diese Daten sich auf Flächen des jeweiligen Landes beziehen, die in der Stichprobe von drei Prozent enthalten sind.“.

Damit wird sichergestellt, dass die Länder eigene Untersuchungen zur Eignung von Fernerkundungsdaten für die Gewinnung und Qualitätssicherung von Daten zu Gebäuden und Wohnungen im Registerzensus durchführen können. Die Bundesregierung weist darauf hin, dass darüber hinaus ein Austausch mit den Statistischen Ämtern der Länder auch bei den methodischen Untersuchungen nach Satz 1 vorgesehen ist.